

Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik

Projekt

Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik:
Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien,
methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen

Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 41 119 0

erstellt von

Immanuel Stieß
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Diana Hummel
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Anna Kirschner
studentische Mitarbeiterin
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Forschungskonsortium:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Meike Spitzner (Projektleitung)

Institut für sozial-ökologische Forschung
Frankfurter Allee 45, 60486 Frankfurt a.M.
Dr. Diana Hummel, Dr. Immanuel Stieß

GenderCC – Women for Climate Justice e.V.
Anklamer Str. 38, 10115 Berlin
Gotelind Alber, Ulrike Röhr

Frankfurt am Main, 27.10.2019

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Inhalt

1	Zusammenfassung	3
2	Hintergrund, Zielsetzung und Aufbau der Arbeitshilfe	4
2.1	Gender Impact Assessment im Klimabereich	4
2.2	Genderverständnis.....	5
2.3	Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming im UBA	6
3	Vorgehensweise	7
3.1	Der Ablauf der Prüfung im Überblick	8
3.2	Durchführung des GIA im Klimabereich	9
3.2.1	Relevanzprüfung (Vorprüfung).....	9
3.2.2	Hauptprüfung	11
4	Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen).....	14
4.1	Übersicht über die Lebensbereiche (Genderdimensionen).....	14
4.2	Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“	15
4.3	Versorgungsökonomie und Sorgearbeit.....	16
4.4	Erwerbsökonomie	18
4.5	Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen.....	20
4.6	Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik.....	22
4.7	Körper, Gesundheit, Sicherheit	24
5	Literaturverzeichnis	26
5.1	Referenzliteratur	26
5.2	Weitere verwendete Literatur	26
Anhang	30
	Mustergliederung für Bericht	30

1 Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeitshilfe für eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung soll die Anwendung des Instruments des Gender Impact Assessment (GIA) unterstützen. Sie dient dazu, Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben (Klimaschutz und Klimaanpassung) auf die Geschlechtergleichstellung zu prüfen und hat die Verbesserung der Geschlechtergleichstellung im Bereich der Klimapolitik zum Ziel. Durch die Bewertung von ausgewählten Vorhaben (z.B. ein Projekt, ein Programm oder eine Strategie) und darauf aufbauende Empfehlungen kann dieses Instrument zeigen, wie klimapolitische Vorhaben so weiterentwickelt werden, dass sie sowohl einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten als auch besser auf die jeweiligen Zielgruppen und deren Bedürfnisse abgestimmt sind. Damit kann ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte Wirkung erzielt werden. Die vorliegende Arbeitshilfe legt ein Genderverständnis von Geschlecht als interdependenter Kategorie zugrunde. Neben Geschlecht werden auch weitere Merkmale sozialer Differenzierung einbezogen. Dafür wird das Konzept und die Bezeichnung „Gender+“ verwendet.

Die Durchführung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment) im Klimabereich erfolgt durch eine strukturierte Anwendung von Verfahren und Methoden: Mithilfe einer Relevanzprüfung wird zunächst überprüft, ob gleichstellungspolitische Auswirkungen eines Vorhabens vorliegen oder vorliegen können. Die Relevanzprüfung umfasst eine Bewertung des jeweiligen Vorhabens, die Feststellung der Gleichstellungsrelevanz und deren Bewertung anhand konkreter Fragen, die qualitativ analysiert werden. Die Hauptprüfung erfolgt nach Feststellung der Gleichstellungsrelevanz und besteht aus einer vertieften Prüfung des Vorhabens. Sie umfasst sowohl qualitative als auch quantitative Verfahren und baut auf den Fragestellungen der Relevanzprüfung auf. Zunächst werden die Ausgangssituation und die fachlichen Ziele des Vorhabens geklärt. Danach wird dieses näher charakterisiert. Anhand von Prüffragen erfolgt in der Hauptprüfung eine detailliertere Analyse der Wirkungen in Bezug auf die als relevant identifizierten Lebensbereiche (Genderdimensionen). Dabei erfolgt eine genauere Beschreibung der von dem Vorhaben mittelbar und unmittelbar betroffenen Personen sowie die Berücksichtigung weiterer Merkmale sozialer Differenzierung (Gender+). Als Ergebnis der Prüfung soll festgehalten werden, welche Wirkungen das klimapolitische Vorhaben auf gleichstellungspolitische Handlungsfelder hat und welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung identifiziert werden können. Auf dieser Basis werden Empfehlungen formuliert.

Die thematische Gliederung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung erfolgt mithilfe von Lebensbereichen (Genderdimensionen), Genderaspekten und darauf bezogenen Prüffragen, die im Anhang dieser Arbeitshilfe ausführlich beschrieben und anhand von Beispielen illustriert werden. Die vorliegende Arbeitshilfe umfasst insgesamt fünf Lebensbereiche (Genderdimensionen) sowie die Dimension „Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen“ als übergreifende Querschnittsdimension, von der alle nachfolgenden Lebensbereiche (Dimensionen) betroffen sind. Diese Lebensbereiche (Dimensionen) beziehen sich auf abgrenzbare gesellschaftliche Bereiche, auf die klimapolitische Vorhaben einwirken können. Im Einzelnen sind dies die Bereiche „Versorgungsökonomie/Sorgearbeit“, „Erwerbsökonomie“, „Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen“, „Definitions- und Gestaltungsmacht“ in Wissenschaft, Technik und Politik“ sowie „Körper, Gesundheit, Sicherheit“. Diese Lebensbereiche (Dimensionen) müssen bei der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung klimapolitischer Vorhaben besonders berücksichtigt werden. In der Arbeitshilfe werden für diese Bereiche konkrete Prüffragen formuliert.

2 Hintergrund, Zielsetzung und Aufbau der Arbeitshilfe

Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie die darauf bezogenen Lösungsansätze sind für die Geschlechterbeziehungen von großer Bedeutung. Zugleich haben diese großen Einfluss auf den Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch auf Klimaschutz und Klimaanpassung (Röhr et al. 2017). Ein besseres Wissen über die Zusammenhänge von Klimawandel, Klimapolitik und Geschlechterbeziehungen kann innovative Lösungsansätze generieren:

- ▶ Eine Geschlechterperspektive erlaubt eine differenzierte Problemsicht und Problembearbeitung.
- ▶ Sie ermöglicht, auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtete klimapolitische Vorhaben zu entwickeln. So kann deren Wirksamkeit erhöht werden.
- ▶ Eine geschlechtersensible Klimapolitik kann zugleich Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern begegnen.
- ▶ Auf diese Weise können Allianzen zwischen wesentlichen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung geschaffen werden: Klimaschutz/Klimaanpassung und Geschlechtergerechtigkeit.

Die vorliegende Arbeitshilfe für eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung im Klimabereich hat zum Ziel, diese Synergien zu befördern.

2.1 Gender Impact Assessment im Klimabereich

Ein Gender Impact Assessment (GIA) ist ein Analyse- und Bewertungsinstrument, mit dem ein ausgewähltes Vorhaben (z.B. ein Projekt, ein Programm, eine Strategie oder ein Gesetz) hinsichtlich seiner gleichstellungsrelevanten Wirkungen überprüft wird (Verloo/Roggeband 1996; EIGE 2016). Eine solche gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung kann für unterschiedliche Politikfelder auf Ebene der Ministerien sowie der nachgeordneten Behörden angewendet werden. Sie zielt auf die Erarbeitung von Empfehlungen für politische Entscheidungen, hat meist verbindlichen Charakter, wird auf eine bestimmte Intervention angewandt und zeichnet sich durch eine strukturierte Anwendung von Verfahren und Methoden aus.

Bezogen auf die Klimapolitik (Klimaschutz und Klimaanpassung) untersucht ein GIA, welche Wirkungen klimapolitische Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von unterschiedlichen Geschlechtern haben und wie diese Wirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu bewerten sind (vgl. Hayn/Schultz 2002). Zentrales Ziel des GIA ist die relative Verbesserung der Gleichstellung im Bereich der Klimapolitik. Dabei findet immer eine ‚Bewertung zum Besseren hin‘ statt. Es wird ein Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt, der auf den Abbau von Geschlechterhierarchien zielt (empirisch nachprüfbar durch Befragungen oder Datenanalyse). Mit dem Mehr an Chancengleichheit soll dabei das klimapolitische Vorhaben selbst konkreter, genauer und somit auch vereinfacht werden.

Durch die Bewertung und Empfehlungen ‚zum Besseren hin‘ kann das GIA zeigen, wie klimapolitische Vorhaben so (weiter-)entwickelt werden können, dass sie sowohl einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten als auch besser auf ihre Zielgruppen und deren Bedürfnisse und Lebensumstände abgestimmt sind. Damit kann ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte klimapolitische Wirkung erzielt werden. Dies hat den Vorteil, dass klimapolitische Strategien, Programme, Projekte und Maßnahmen treffsicherer gestaltet und blinde Flecken oder nichtintendierte Folgen solcher Vorhaben frühzeitig entdeckt und vermieden werden können. Synergien zwischen klima- und gleichstellungspolitischen Zielen können so erkannt und besser genutzt werden. Mögliche Zielkonflikte werden frühzeitig sichtbar und können bei der Entwicklung von Vorhaben besser berücksichtigt werden.

Ein GIA kann sowohl auf in Planung befindliche als auch auf laufende oder abgeschlossene Vorhaben (Projekte, Programme und Strategien) zu Klimaschutz und Klimaanpassung angewandt werden. Dementsprechend kann diese Arbeitshilfe genutzt werden, um die gleichstellungsrelevanten Wirkungen von geplanten Projekten, Programmen oder Strategien zu identifizieren (ex-ante-Analyse), oder um die Wirkungen klimapolitischer Vorhaben begleitend (parallel) oder nach deren Abschluss (ex-post) zu analysieren und zu bewerten.

2.2 Genderverständnis

„Gender“ (dt.: Geschlecht) bezeichnet das soziale Geschlecht, das im Unterschied zum biologischen Geschlecht durch Erziehung und Sozialisation, gesellschaftliches Rollenverständnis und Rollenzuschreibungen geprägt ist. Gender beeinflusst in starkem Maße gesellschaftliche Strukturen. Es ist ein gesellschaftliches Strukturierungsprinzip, das Männer und Frauen in Geschlechterverhältnissen und damit verbundenen Hierarchien positioniert, die in Ungleichheit und Machtverhältnissen resultieren (können). Die persönliche Geschlechtsidentität und das soziale Geschlecht werden im alltäglichen Miteinander von Menschen aktiv hergestellt und reproduziert (GenderKompetenzZentrum 2006).

Genderperspektiven einzunehmen heißt somit, sich mit gesellschaftlich konstruierter Weiblichkeit bzw. Männlichkeit zu befassen. Dass Gender historisch und kulturell variabel ist, zeigt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Oktober 2017, die erstmals ein „drittes Geschlecht“ juristisch anerkennt.¹ Dabei bezieht sich die Kategorie „divers“ auf zwischengeschlechtlich verortete Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen wollen oder können.

Daraus folgt, dass bei einer Gleichstellungsprüfung nicht nur Frauen und Männer, sondern auch zwischengeschlechtlich verortete Menschen berücksichtigt werden müssen. Zudem ist zu beachten, dass Geschlechter keine in sich homogenen Gruppen sind und dass daher weitere Faktoren sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Marginalisierung betrachtet werden müssen. Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden hierbei Wechselwirkungen mit anderen Merkmalen von Ungleichheit wie Alter, Einkommen, Bildung, körperliche Verfasstheit, ethnischer Hintergrund, Migration etc. betrachtet. Das GIA-Instrument bezieht sich dabei auf zwei Ebenen – unterschiedliche Geschlechter („männlich, weiblich, divers“) sowie Geschlecht als interdependente Kategorie – und verwendet dafür die Bezeichnung „Gender+“.

Dabei ist zu beachten, dass keine vorab definierten Ungleichheitskategorien angenommen werden können. Verschiedene Faktoren, die Ungleichheit generieren, sind fall- und kontextspezifisch zu betrachten; die Kategorien und ihre Bedeutung müssen daher bei der Analyse und Bewertung des Instrumentes herausgearbeitet werden. Ebenso ist fall- und kontextspezifisch zu prüfen, ob Auswirkungen jenseits eines binären Geschlechtsverständnisses auf diverse Geschlechter und eine Vielfalt von Geschlechtern (transgender, intersex, nicht-binäre Menschen) zu erwarten sind, um diese dann vertiefend zu untersuchen.²

¹ Die Bundesregierung kommt diesem Gerichtsurteil nach und hat im Dezember 2018 einen Gesetzentwurf auf den Weg beschlossen, der neben „weiblich“ und „männlich“ die Geschlechtsoption „divers“ bei der Festlegung des Personenstands ermöglicht.

² Angesichts der in vielen Bereichen unzureichenden Datenlage und abhängig von den vorhandenen personellen Ressourcen und der verfügbaren Gender-Expertise wird eine systematische und detaillierte Prüfung von Gender+ innerhalb einer Behörde häufig nicht möglich sein. In diesen Fällen kann die Prüfung an externe Auftragnehmer/-innen vergeben werden, die über entsprechende Expertise verfügen. Ist dies nicht möglich, ist auch eine vereinfachte Prüfung möglich, bei der zunächst ein binäres Geschlechterverständnis zugrunde gelegt wird. Dabei sollte jedoch besonders darauf geachtet werden, in welchen Bereichen Gender+ Aspekte eine Rolle spielen und diese gegebenenfalls in die Prüfung einzubeziehen.

2.3 Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming im UBA

Das GIA steht im Kontext von Gleichstellung und Gender Mainstreaming im UBA. Die rechtliche Grundlage bildet das Staatsziel gemäß Art. 3 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz (GG). Demnach sind nicht nur „Männer und Frauen [...] gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG). Vielmehr haben der Staat und seine Organe ausdrücklich die Pflicht, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) aktiv hinzuwirken. Die Bundesrepublik Deutschland hat die aktive Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter 1999 als Staatsziel übernommen. Zur Erreichung des Staatsziels Gleichstellung nach Art 3 GG, verpflichtete sich die Bundesregierung im Kabinettsbeschluss von 1999 und im Amsterdamer Vertrag (1997) zu Gender Mainstreaming, später erneuert im Vertrag von Lissabon (2009).³⁴ Deutschland setzt damit das auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995 beschlossene Prinzip Gender Mainstreaming um und hat es rechtlich in § 4 (1) des Bundesgleichstellungsgesetzes verankert, der die Verpflichtung die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verwirklichen als „durchgängiges Leitprinzip“ einfordert.

Durch diese querschnittsartige Implementierung soll Gender Mainstreaming zu kulturellem Wandel staatlicher Organisationen und zu Gleichstellung führen. Die Grundlage für die Umsetzung dieser Strategie in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden bildet die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO), die im September 2000 um den § 2 ergänzt wurde: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (Gender Mainstreaming).“ (Die Bundesregierung 2011: 6).

Auf dieser Grundlage verfolgt das UBA eine aktive Gleichstellungspolitik. Neben Instrumenten wie Gleichstellungsplänen und gleichstellungsrelevanten Maßnahmenkatalogen, z.B. das Audit Beruf+Familie, ist das GIA als Instrument und Teil der Gender Mainstreaming Strategie der Behörde eingeführt und soll zur Genderrelevanzprüfung von Forschungsprojekten heran gezogen werden (Sauer 2014: 27).

Neben den rechtlich verfassten Geboten zur Gleichstellung der Geschlechter bilden internationale Nachhaltigkeits- und Klimaschutz-Abkommen und -Verträge weitere wichtige Grundlagen. Dazu zählen die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Sustainable Development Goals (SDGs), das Pariser Klimaabkommen (UN 2015).

³ Vgl. <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/gendermainstreaming/Grundlagen/geschichten/bund.html> (28.02.2019); <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/strategie-gender-mainstreaming-/80436?view=DEFAULT> (28.02.2019)

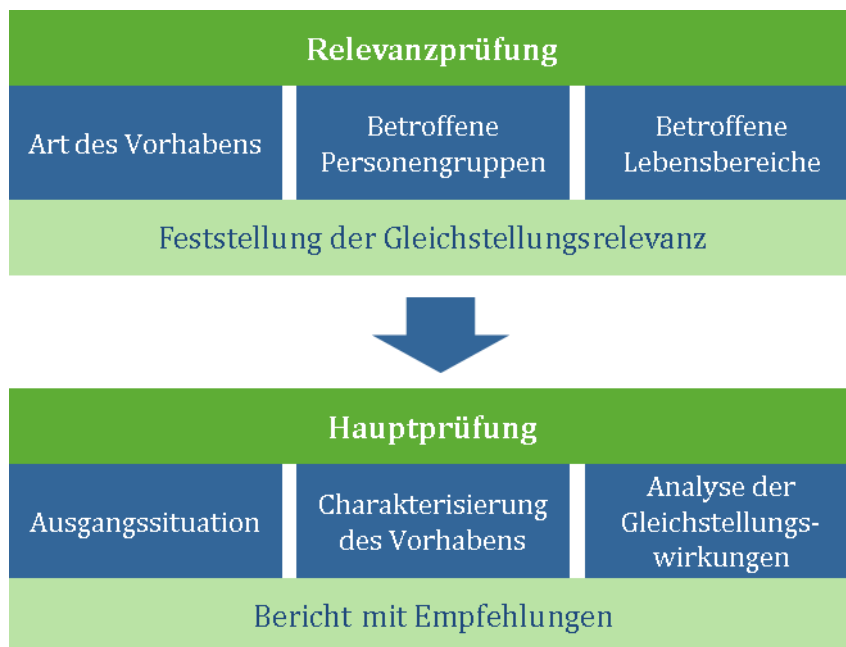
⁴ Dem Lissabon-Vertrag ist die Charta der Europäischen Union beigelegt, die ebenfalls in verschiedenen Artikeln Gleichstellung festschreibt: Art. 21 (Nichtdiskriminierung), Art. 23 (Gleichheit von Männern und Frauen). Die Charta der Grundrechte ist rechtsverbindlich für die Europäische Gesetzgebung und für die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union. Sie bindet zudem die Mitgliedsstaaten soweit sie Europäisches Recht umsetzen oder durchführen.

3 Vorgehensweise

Die Durchführung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung⁵ erfolgt in zwei Schritten:

- ▶ In der Vorprüfung bzw. Relevanzprüfung (Screening) wird geprüft, ob das untersuchte Vorhaben gleichstellungsrelevante Wirkungen hat. Am Ende der Relevanzprüfung wird festgestellt, ob ein ausführliches GIA durchgeführt werden muss oder nicht.
- ▶ In der Hauptprüfung erfolgt eine vertiefende Untersuchung und Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen des Vorhabens und ggfgg. Empfehlungen zu seiner Optimierung.

Abbildung 1: Aufbau des Instruments Gender Impact Assessment



⁵ Als Instrument und zur Formulierung der Leitfragen lag der Fragenkatalog der BMFSFJ-Arbeitshilfe zur geschlechterdifferenzierten Gesetzesfolgenabschätzung zugrunde (BMFSFJ 2007). Dieser Fragekatalog wurde in diesem Forschungsprojekt mit den Prüffragen zu den klimarelevanten Lebensbereichen (Genderdimensionen) weiterentwickelt

3.1 Der Ablauf der Prüfung im Überblick

Tabelle 1 GIA-Ablauf im Überblick

Relevanzprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welches Vorhaben ist beabsichtigt (ex-ante) bzw. soll parallel oder ex-post untersucht werden?
Feststellung Gleichstellungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden von dem Vorhaben oder einzelnen Teile davon Gender+ unmittelbar oder mittelbar betroffen? ▶ Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen? ▶ Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich in Bezug auf Gender+ auswirken?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens (ja/nein) mit kurzer schriftlicher Begründung
Hauptprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese? ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?
Analyse des Vorhabens	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) definiert? ▶ Welche Akteure/Akteurinnen sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt? ▶ Welche fachlichen Alternativen, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
Analyse der Gleichstellungswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen? ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken in Bezug auf Gender+? ▶ Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Schlechterstellungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personengruppen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Herkunft usw.), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben? ▶ Welche relevanten Akteure/Akteurinnen sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und Genderperspektiven einzubeziehen? ▶ Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung inkl. Indikatorik und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schriftlicher Bericht

3.2 Durchführung des GIA im Klimabereich

3.2.1 Relevanzprüfung (Vorprüfung)

Mithilfe der Relevanzprüfung soll überprüft werden, ob gleichstellungspolitische Auswirkungen eines Vorhabens vorliegen oder vorliegen können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Vorhaben zu einer offenen oder verdeckten, geschlechtsspezifischen Benachteiligung bestimmter Personengruppen führt, Beteiligungsdefizite aufweist oder tradierte Rollenmuster verfestigt.

Mit der Überprüfung der Gleichstellungsrelevanz sind verschiedene Fragen verbunden. Zu klären ist, wie das zu untersuchende Vorhaben abgegrenzt werden kann und welches fachliche Ziel es verfolgt. Zudem müssen die Zielgruppen des Vorhabens bestimmt und Kriterien ausgewählt werden, mit denen die Gleichstellungsrelevanz festgestellt und bewertet werden kann.

3.2.1.1 Ausgangssituation und Vorhaben

Zunächst ist festzulegen, von welcher Ausgangssituation das betrachtete klimapolitische Vorhaben ausgeht, was genau als das zu untersuchende Vorhaben betrachtet wird.

- ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben?
- ▶ Welches Vorhaben soll untersucht werden und zu welchem Zeitpunkt (vor Implementierung (ex-ante), die Implementierung begleitend (parallel) oder nach Implementierung (ex-post)) findet die Untersuchung statt?

3.2.1.2 Feststellung der Gleichstellungsrelevanz

Die Prüfung der Gleichstellungsrelevanz erfolgt mithilfe der folgenden Fragen:

- ▶ *Erste Frage:* Werden von dem Vorhaben oder von einzelnen seiner Teile Frauen, Männern⁶, sowie mehrfach Benachteiligte (Gender+) unmittelbar oder mittelbar betroffen?

Unmittelbar betroffen sind i.d.R. die Zielgruppen eines Vorhabens. Bei einem Vorhaben zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen sind dies z.B. die Eigentümer/-innen der Gebäude. Mittelbar betroffen sind Personen oder Personen, die nicht zu der Zielgruppe des Vorhabens gehören, aber auf deren Alltag sich das Vorhaben auswirkt, z.B. die Mieter/-innen in den betroffenen Gebäuden oder Mitarbeitende von Handwerksbetrieben. Mittelbar betroffen sind außerdem Personen⁷, die an der Umsetzung der Vorhabens beteiligt sind, indem sie z.B. für die Bearbeitung von Förderanträgen zuständig sind.

⁶ Ggf. sind hier kontextspezifisch auch diverse Geschlechter (trans-, intergeschlechtliche und sich nicht-binäre verortende Menschen) zu berücksichtigen.

⁷ Gemeint sind natürliche Personen – im Unterschied zu juristischen Personen.

- ▶ *Zweite Frage:* Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen?

Hier wird genauer untersucht, ob sich das Vorhaben auf einen oder mehrere Lebensbereiche auswirkt, die besonders gleichstellungsrelevant sind. Dies kann mit Hilfe folgender Fragen überprüft werden:

- *Familie/Sorgearbeit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Ausübung von Sorgearbeit in privaten Haushalten?
- *Berufsausbildung/Beruf/Erwerbsarbeit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf Berufsausbildung, Arbeitsplätze oder Arbeitsbedingungen?
- *Zugang zu öffentlichen Ressourcen und Infrastrukturen:* Betrifft das Vorhaben den Zugang zu öffentlichen Räumen bzw. Infrastrukturen oder deren Nutzung?
- *Politische Beteiligung:* Beeinflusst das Vorhaben die Möglichkeiten von Frauen, Männern⁸ und mehrfach Benachteiligten (Gender+), sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen?
- *Gesundheit und Sicherheit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Sicherheit, physische, psychische oder reproduktive Gesundheit oder Sexualität?

- ▶ *Dritte Frage:* Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich auf Gender+ auswirken?

Hier erfolgt eine erste Abschätzung, ob das Vorhaben unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter (männlich, weiblich, divers) haben kann. Dazu sollte neben dem Geschlecht weitere Merkmale, wie Haushaltstyp, Einkommen, Bildung, Alter etc. berücksichtigt werden.

Bitte geben Sie an, auf welcher Datenbasis Ihre Abschätzungen beruhen. Dies können z.B. nach Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken oder andere Genderanalysen sein. Wenn diese nicht verfügbar sind, können Hypothesen für Wirkungen auch anhand qualitativer Daten oder mit Hilfe plausibler Annahmen aufgestellt werden. Es sollte transparent gemacht werden, worauf diese Abschätzung beruht.

3.2.1.3 Bewertung

Die Beantwortung der Fragen erfolgt jeweils evidenzbasiert und in schriftlicher Form. Das Ergebnis der Vorprüfung wird in einem kurzen Bericht zusammengefasst. Zu jeder Antwort wird eine kurze schriftliche Begründung festgehalten. Wenn die Fragen negativ beantwortet werden und eine Genderrelevanz nicht als gegeben erscheint, ist dies auch schriftlich zu begründen. In jedem Falle sollte dargestellt werden, welche Datenquellen für die Beantwortung der einzelnen Fragen herangezogen wurden.

Die Gleichstellungsrelevanz ist dann gegeben, wenn die erste und die dritte Frage positiv beantwortet werden und bei der zweiten Frage eine Wirkung in mindestens einem der aufgeführten Lebensbereiche anzunehmen ist. In diesem Fall sollte eine Hauptprüfung durchgeführt werden. In Fällen, in denen *nicht* mit Sicherheit *ausgeschlossen* werden kann, dass das untersuchte Vorhaben die entsprechende Wirkung entfaltet, sollte *ebenfalls* eine Hauptprüfung erfolgen.

⁸ Ggf. sind hier kontextspezifisch auch diverse Geschlechter (trans-, intergeschlechtliche und sich nicht-binäre verortende Menschen) zu berücksichtigen.

3.2.2 Hauptprüfung

In der Hauptprüfung erfolgt eine vertiefte Prüfung des Vorhabens und seiner einzelnen Teile. Ziel ist es, die Gleichstellungswirkungen des Vorhabens zu identifizieren und Allianzen zwischen fachlichen, d.h. klimapolitischen und gleichstellungspolitischen Zielen bei der (Weiter-)Entwicklung des Vorhabens zu erkennen und zu nutzen bzw. mögliche Zielkonflikte zu identifizieren, um sie zu vermeiden. Für die Hauptprüfung können sowohl qualitative als auch quantitative Daten herangezogen werden.

3.2.2.1 Ausgangssituation

Die Hauptprüfung baut auf den Fragestellungen der Relevanzprüfung auf. In einem ersten Schritt werden die Ausgangssituation und die fachlichen Ziele des Vorhabens geklärt:

- ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben?
- ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese?
- ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?

Zur Beantwortung der Frage können die Ergebnisse der Vorprüfung herangezogen und vertieft werden: Wurden für die Begründung des Vorhabens geschlechterdisaggregierte Daten verwendet? Wurden diese Daten nach weiteren sozialstrukturellen Merkmalen (Haushaltstyp, soziale Lage, Alter, Herkunft etc.) differenziert? Wurden qualitative Daten zur unterschiedlichen Lebenssituation von Männern, Frauen und Personen anderen Geschlechts berücksichtigt? Wurde Genderexpertise z.B. in Form von Genderanalysen, Einschätzungen von Genderexperten/-expertinnen etc. herangezogen?

3.2.2.2 Analyse des Vorhabens

In einem weiteren Schritt wird die Art des Vorhabens näher charakterisiert:

- ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) definiert?

Erfahrungen haben gezeigt, dass die Definition des untersuchten Vorhabens nicht zu eng erfolgen sollte. Z.B. sollten auch Bestimmungen und Arbeitshilfen zur Umsetzung des Vorhabens, die gesondert auszuarbeiten bzw. zu analysieren sind, in die Prüfung einbezogen werden. Beispielsweise sollten bei der Aufstellung von Hitzeaktionsplänen nicht nur die Verwaltungsvorschriften für den Aktionsplan, sondern auch Handreichungen für die zielgruppenspezifische Kommunikation berücksichtigt und in die Überprüfung einbezogen werden.

- ▶ Welche Akteure/Akteurinnen sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt?
- ▶ Welche fachlichen Alternativen, einschließlich der sog. „Null-Option“, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?

3.2.2.3 Analyse der Gleichstellungswirkungen

Die vertiefende Analyse der Gleichstellungswirkungen erfolgt mithilfe der folgenden Fragen:

- ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen?
- ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken der Geschlechter (männlich, weiblich, divers)?

Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Benachteiligungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Herkunft), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben?

Bei der Beantwortung der Fragen können Sie auf die Ergebnisse der Vorprüfung zu den Zielgruppen und betroffenen Lebensbereichen zurückgreifen.

In der Hauptprüfung erfolgt eine detaillierte Analyse der Wirkungen in Bezug auf die als relevant identifizierten Lebensbereiche (Genderdimensionen) anhand der in Kapitel 4 dargestellten Prüffragen. Bedenken Sie bei der Prüfung, was die besonders relevanten Bereiche sind. Es müssen nicht alle Lebensbereiche bearbeitet werden. Beschränken Sie sich auf die für Ihr Vorhaben relevanten Bereiche. Begründen Sie Ihre Entscheidung.

Bei der Analyse der gleichstellungsrelevanten Wirkungen des klimapolitischen Vorhabens hat sich folgendes Vorgehen bewährt: Betrachten Sie zunächst die Wirkungen auf die Geschlechter (männlich, weiblich, divers)⁹. In einem zweiten Schritt sollten Sie dann prüfen, wie sich diese Wirkungen innerhalb dieser Gruppen für Personen unterschiedlichen Alters oder je nach Haushaltstyp, Einkommen, Bildung oder Herkunft etc. unterscheiden.¹⁰

Beachten Sie, dass vorab keine allgemeinen, für alle Fälle zu prüfenden Ungleichheitskategorien festgelegt werden können. Je nach Fall und Kontext müssen unterschiedliche Faktoren, welche die Ungleichheit von Lebenslagen erzeugen können, betrachtet werden. Die Prüffragen in den Lebensbereichen (vgl. Kapitel 4) geben Ihnen Hinweise, auf welche Faktoren Sie in den verschiedenen Lebensbereichen besonders achten sollten.

Für die Überprüfung dieser Fragen können Sie auf statistische Daten oder auf vorliegende Genderanalysen zurückgreifen. Hinweise auf Datenquellen oder entsprechende Untersuchungen finden Sie in der Beschreibung der Lebensbereiche. Falls die Datenlage unzureichend ist, können im Rahmen der Hauptprüfung erforderliche Daten beispielsweise durch eine qualitative Erhebung oder eine Literaturrecherche ermittelt werden. Dabei sollte dokumentiert werden, welche Datenquellen Sie bei der Prüfung herangezogen haben.

Falls Sie Probleme bei der Beantwortung der Fragen haben, sollten Sie Genderexpertise einholen, z.B. bei Gleichstellungsbeauftragten, einer Fachstelle für Gender Mainstreaming oder extern.

- ▶ Welche relevanten Gruppen sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und Genderperspektiven einzubeziehen?

Diese Frage richtet sich auf Konsultationsprozesse, die ohnehin bei vielen Vorhaben vorgesehen sind. Diese Prozesse können genutzt werden, um externe Genderexpertise bei der Entwicklung klimapolitischer Vorhaben einzuholen. Neben den etablierten Gruppen wie z.B. Frauen- und Umweltverbänden mit Genderkompetenz sollten hier auch die Zielgruppen des Vorhabens und weitere Personen mit Genderexpertise einbezogen werden.

- ▶ Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?

⁹ Zu berücksichtigen ist dabei, dass bislang noch kaum Untersuchungen vorliegen, welche gleichstellungspolitische Wirkungen auf die Personengruppe(-n) mit dem Personenstand „divers“ betrachten. In den meisten Fällen dürfte daher zunächst nur eine Evidenzbasierung der Wirkungen auf Männer und Frauen möglich sein.

¹⁰ Ob diese Prüfung iterativ erfolgen muss oder gleich eine Analyse unter Einbeziehung weiterer Gender+ Merkmale erfolgen kann, ist abhängig von den verfügbaren Daten zu entscheiden.

3.2.2.4 Bewertung und Ergebnisformulierung

Als Ergebnis der Prüfung soll festgehalten werden, welche Wirkungen das untersuchte Vorhaben auf gleichstellungspolitische Handlungsfelder hat und welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung bestehen. Dabei soll insbesondere ausgeführt werden, welche Allianzen und Konflikte zwischen den klimapolitischen Zielen des Vorhabens und gleichstellungspolitischen Zielsetzungen identifiziert werden konnten. Hier ist auch darzulegen, wenn verschiedene Lösungen für unterschiedliche Zielgruppen (Geschlechter ggf. differenziert nach weiteren Merkmalen wie sozialer Lage, Alter etc.) erforderlich sind. Diese sind zu begründen.

Zur abschließenden Bewertung insbesondere von größeren bzw. zentralen Vorhaben sollte die nächsthöhere Leitungsebene sowie der oder die Gleichstellungsbeauftragte hinzugezogen werden.

Die Ergebnisse der Prüfung werden in einem übersichtlich gegliederten, schriftlichen Bericht zusammengefasst. Der Bericht enthält eine Beantwortung der oben aufgeführten Fragen der Hauptprüfung einschließlich der Prüffragen zu den Lebensbereichen (vgl. Kapitel 4) in schriftlicher Form. Zu jeder Antwort sollte eine kurze Begründung formuliert werden. Außerdem sollte dargestellt werden, welche Datenquellen herangezogen wurden.

Kernstück des Berichts sind das Ergebnis der Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen sowie Empfehlungen, wie das untersuchte Vorhaben unter klima- und gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten optimiert werden kann. Bei Bedarf können erforderliche ergänzende Maßnahmen formuliert werden. Zudem sollte eine Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen möglicher Alternativen und Varianten vorgenommen werden, sofern diese Gegenstand der Prüfung waren.

Bei der Bewertung sind insbesondere die Synergien und die Vorteile hervorzuheben, die sich durch die Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Belange für die Effizienz und Legitimität klimapolitischer Vorhaben ergeben.

Zur besseren Verständlichkeit erfolgt die Darstellung in einer geschlechtergerechten, allgemein verständlichen Sprache, die an einem interdisziplinären und fachübergreifenden Rezeptionskreis ausgerichtet ist. Eine Mustergliederung befindet sich im Anhang dieser Arbeitshilfe.

4 Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen)

4.1 Übersicht über die Lebensbereiche (Genderdimensionen)

Die thematische Gliederung der gleichstellungsrelevanten Folgenabschätzung erfolgt mithilfe von Lebensbereichen (Genderdimensionen), Genderaspekten und darauf bezogenen Prüffragen. Die Genderdimensionen beziehen sich auf gesellschaftliche Bereiche und die mit ihnen verbundenen Normen, Werte, Institutionen und Organisationen, die für die Aufrechterhaltung ungleicher Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern von zentraler Bedeutung sind (Verloo/Roggeband 1996; Verloo 2007). Die Genderaspekte weisen auf häufig in diesen Lebensbereichen vorkommende Probleme hin. Genderdimensionen und Genderaspekte bilden eine Art Suchmatrix, mit deren Hilfe wichtige genderrelevante Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben erkannt und analysiert werden können.

Insgesamt umfasst die Arbeitshilfe sechs Lebensbereiche (vgl. Tabelle 2). Der Bereich „Symbolische Ordnung“ ist eine Querschnittsdimension. Sie enthält übergreifende, mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbundene Zuschreibungen und Bewertungen, die für alle Genderdimensionen relevant sind. Die übrigen fünf Bereiche beziehen sich auf abgrenzbare gesellschaftliche und sozio-ökonomische Bereiche, die bei der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung besonders zu berücksichtigen sind. Für diese Bereiche werden konkrete Prüffragen formuliert.

Tabelle 2: Überblick über die Lebensbereiche (Genderdimensionen)

Lebensbereiche (Genderdimensionen)
Symbolische Ordnung
Versorgungsökonomie/Sorgearbeit
Erwerbsökonomie
Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen
Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik
Körper, Gesundheit, Sicherheit

Im Folgenden werden die Lebensbereiche näher erläutert. In einem einführenden Abschnitt werden die Bereiche jeweils knapp charakterisiert und ihre Bedeutung für die Geschlechtergleichstellung anhand von empirischen Daten begründet. Die klimapolitische Relevanz wird anhand von Beispielen erläutert. Mit Ausnahme der Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“ werden für jeden Bereich eine Liste von Prüffragen formuliert, die bei der Analyse und Bewertung von Gleichstellungswirkungen für den jeweiligen Bereich herangezogen werden können.

4.2 Querschnittdimension „Symbolische Ordnung“



Die Querschnittdimension „Symbolische Ordnung“ bezieht sich auf hierarchische Zuschreibungen und Bewertungen, die mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbunden sind. Diese symbolische Ordnung durchdringt institutionelles und individuelles Handeln (Acker 1990; Knapp 1992) in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft, Recht, Politik, Medien, Religion und Kultur, und sie wird durch dieses Handeln zugleich hergestellt und reproduziert (Arslan 2016). Auf individueller Ebene äußert sich dies etwa in der Abwertung von Merkmalen und Praktiken, die nicht mit Männlichkeit oder Heterosexualität konnotiert sind. Die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab ist auch in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft verankert, und kann dort nicht nur zur Abwertung, sondern auch zum Ausblenden von Lebens- und Alltagsbedingungen führen, die nicht der Wahrnehmung und den Erfahrungen von Männern entsprechen¹¹. Solche Zuschreibungen werden daher auch als institutionalisierter Androzentrismus bezeichnet (Perkins-Gilman 1974). Die gesellschaftliche Abwertung von (zugeschriebener) Weiblichkeit spiegelt sich in vielen Bereichen wieder, die auch für die Klimapolitik relevant sind. Sie kommt beispielsweise in der Abwertung der Sorgearbeit als nicht bezahlter Tätigkeit zum Ausdruck (vgl. Bereich „Versorgungsökonomie“). Ein Beispiel für die gesellschaftliche Höherbewertung von (zugeschriebener) Männlichkeit ist die Gleichsetzung von ‚Arbeit‘ mit bezahlter Erwerbsarbeit (vgl. Bereich „Erwerbsökonomie“). In besonders aggressiver Form äußert sie sich als sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt als Machtdemonstration und Demonstration eines Anspruchs auf Vorherrschaft im Geschlechterverhältnis (vgl. Bereich „Körper und Gesundheit“).

¹¹ Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der medizinischen Bewertung von Gesundheitsrisiken ausschließlich die physiologischen Bedingungen von erwachsenen männlichen Individuen zugrunde gelegt werden (vgl. Eichler et al. 2002).

4.3 Versorgungsökonomie und Sorgearbeit



Dieser Bereich bezieht sich auf die gesellschaftlichen Werte, Normen, Strukturen und Institutionen, die eine ungleiche geschlechtsspezifische Zuschreibung, Verteilung, Bewertung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit im Vergleich zur (bezahlten) Erwerbsarbeit bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.; Madörin 2006; Spitzner 1999). Die Verantwortung für die Sorgearbeit wird dabei meist als eine vorwiegend private Aufgabe verstanden, die vor allem Frauen zugeschrieben wird.

Im 2. Gleichstellungsbericht des BMFSFJ (2017) wurde mit dem „Gender Care Gap“ (GCG) eine Kennzahl für den prozentualen „Unterschied der durchschnittlichen täglichen Zeitverwendung von Frauen und Männern für unbezahlte Sorgearbeit“ vorgestellt (BMFSFJ 2017: 9). Dazu zählen Tätigkeiten der Haushaltsführung, Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen sowie ehrenamtliches Engagement und informelle Hilfen für andere Haushalte (ebd.) inkl. der zugehörigen Wegezeiten. Für die Jahre 2012 und 2013 lag der GCG bei 52,5 Prozent. Frauen übten demnach ungefähr eineinhalb Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit aus wie Männer – das sind täglich im Durchschnitt 87 Minuten mehr (ebd.).

Auch in Bezug auf die CO₂-Emissionen weisen Frauen und Männer unterschiedliche Muster auf. Eine Untersuchung zum direkten und indirekten Pro-Kopf-Energieverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Emissionen in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass der Carbon Footprint von Männern insgesamt höher als der von Frauen ist (Kleinhüchelkotten et al. 2016). Dabei müssen allerdings Unterschiede zwischen den Bedürfnisfeldern beachtet werden. So weisen Frauen für Bekleidung und Warmwasser einen deutlich höheren Verbrauch auf, Männer verbrauchen überdurchschnittlich viel Energie in den Bereichen Mobilität und Ernährung.

Viele Klimaschutzvorhaben wirken sich auf die Alltagsroutinen von Männern und Frauen aus, sei es durch ein geändertes Mobilitätsverhalten, sparsamere Formen der Energienutzung oder weniger fleischlastige Ernährungspraktiken, was eher weiblichen Mustern entspricht. Frauen sind von diesen Vorhaben besonders betroffen, da sie nach wie vor in vielen Haushalten die Verantwortung für Versorgungsaufgaben tragen. Aufgrund ihrer positiven Einstellung zu Klima- und Umweltschutz wird Frauen eine höhere Bereitschaft zur Veränderung von Alltagspraktiken unterstellt. Dies kann zu einer Feminisierung der Umwelt- und Klimaverantwortung führen, indem Frauen allein die Verantwortung für eine klimafreundliche Transformation des Alltags zugeschrieben wird. Eine schwedische Untersuchung hat beispielsweise gezeigt, dass das Wäschetrocknen an der frischen Luft statt mit einem energieintensiven Trockner mehr Arbeit verursacht, die hauptsächlich von Frauen übernommen wurde (Carlsson-Kanyama/Lindén 2007: 2170). Daraus kann gefolgert werden, dass Energiesparmaßnahmen zu Mehrarbeit im Haushalt führen, die zu Lasten der Frauen geht (Röhr et al. 2017: 44).

Auch bei der Beeinträchtigung von Versorgungsinfrastrukturen, beispielsweise bei Hitzewellen oder Überschwemmungen, sind es überwiegend Frauen, die den Ausfall von Netzwerken der Gesundheits- oder Nahrungsmittelversorgung durch zusätzliche Arbeit kompensieren müssen. Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass Frauen in Extremwittersituationen aufgerufen werden, die entstehenden Lücken im Bereich Pflege, Ernährung bzw. Gesundheitsversorgung zu füllen. Damit wird die Doppelbelastung von Frauen durch Erwerbs- und Sorgearbeit durch zusätzliche Versorgungsaufgaben in der Kommune oder Nachbarschaft weiter verschärft (Röhr et al. 2017: 64). Vorhaben zur Klimaanpassung können etwa negative Folgen für Frauen haben, indem sie deren Arbeitsbelastung im Haushalt erhöhen, wenn sie nicht gendersensibel gestaltet werden (Edvardsson Björnberg/Hansson 2013). Andererseits kommen qualitative Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass männliche Hauseigentümer eine geringere Resilienz bei Hochwasserereignissen aufweisen, weil sie eine starke emotionale Bindung an ihr Haus aufweisen und von materiellen Verlusten psychisch sehr viel stärker betroffen sind als die übrigen Haushaltsmitglieder (Marg 2016: 506).

Die folgenden Prüffragen helfen dabei, klimapolitische Vorhaben bedürfnisgerechter zu gestalten und besser an die Anforderungen der Versorgungsökonomie anzupassen.

Tabelle 3 Prüffragen zu Versorgungsökonomie

Genderaspekt	Prüffragen
Geschlechtsspezifische Zuschreibung von Zuständigkeiten für unbezahlte Sorgearbeit	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Ausübung von Sorgearbeit in privaten Haushalten?</i> ▶ Welche Aktivitäten und Leistungen der Sorgearbeit in privaten Haushalten werden durch das Vorhaben verändert oder beeinflusst? ▶ Betreffen diese Aktivitäten Tätigkeiten, die eher Männern oder eher Frauen zugeschrieben bzw. von ihnen tatsächlich ausgeführt werden? ▶ Berücksichtigt das Vorhaben den Einfluss geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen an die Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung in Haushalten und Familien? ▶ Werden alternative Modelle der Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung in nicht heterosexuellen Lebensgemeinschaften berücksichtigt?
Instrumentalisierung unbezahlter Sorgearbeit als Ressource für Erwerbsökonomie oder/und Gemeinwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden durch das Vorhaben Tätigkeiten aus den gewerblichen oder öffentlichen Sektoren auf die privaten Haushalte übertragen? ▶ Entsteht dadurch zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand für die geschlechtsspezifisch verteilte Sorgearbeit?
Zeitknappheit, Zeitkonflikte der Versorgungszuständigen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die besonderen Bedürfnisse und zeitlichen Einschränkungen, die sich aus der Wahrnehmung von Sorgearbeit ergeben? ▶ Führt das Vorhaben zu zusätzlichen Informationsaufgaben im Haushalt, ohne dass eine entsprechende Infrastruktur für die Bereitstellung dieser Informationen vorhanden ist?

4.4 Erwerbsökonomie



Die Dimension der Erwerbsökonomie bezieht sich auf die Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit. Im Zentrum stehen die gesellschaftlichen Werte, Normen und Institutionen, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu Erwerbsarbeit und deren Entlohnung bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.). Hervorzuheben sind hier vor allem geschlechtsspezifische Unterschiede und Benachteiligungen in Bezug auf Erwerbsbeteiligung, Ausbildung, Berufswahl, Zugang zu Führungspositionen, Umfang von Arbeitszeiten sowie die Entlohnung von Tätigkeiten. Diese Benachteiligungen werden durch weitere Faktoren wie z.B. Migrationshintergrund verstärkt.

Die Relevanz der Genderdimension Erwerbsökonomie wird anschaulich, wenn man sich verschiedene Kennzahlen vor Augen führt. So betrug der Gender Pay Gap 2016, also der geschlechtsspezifische Lohnunterschied, gesamtwirtschaftlich 21 Prozent. Selbst wenn Qualifikation, Branche und Beschäftigungsumfang berücksichtigt werden, betrug die sogenannte bereinigte Entgeltlücke immer noch 6 Prozent (vgl. BMFSFJ 2017: 9). Noch deutlicher ist der Einkommensunterschied bei der Rente: Der Gender Pension Gap¹² zeigt, dass Frauen im Jahr 2015 durchschnittlich eine um 53 Prozent niedrigere eigene Rente erhielten als Männer (ebd.: 90).

Dass die Benachteiligung von Frauen beim Zugang zu Leitungsfunktionen in Unternehmen auch ein Hemmnis für eine klimafreundlichere Wirtschaftsweise darstellt, dafür gibt es zahlreiche Hinweise. So konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil im Vorstand und der freiwilligen Berichterstattung über die Treibhausgasemissionen eines Unternehmens belegt werden (Liao et al. 2015). Auch konnte gezeigt werden, dass Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil unter den Angestellten klimafreundlicher wirtschaften (Ciocirlan/Pettersson 2012).

Mit der Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems eröffnen sich vielfältige neue Jobmöglichkeiten auch in bisher traditionell als männlich angesehenen Berufsfeldern, wie beispielsweise im Energiesektor (Röhr et al. 2017: 73; Rea 2011). Bisher sind Frauen in Führungs- bzw. Entscheidungspositionen in der Energiewirtschaft unterrepräsentiert (PwC 2014; Röhr et al. 2017: 45). Klimapolitik kann hier einen aktiven Beitrag leisten, indem sie traditionelle androzentrische Vorstellungen infrage stellt, die Männern eine größere Kompetenz in technischen Fragen zuschreiben als Frauen. Zudem kann sie Frauen und intersektional benachteiligte Männer gezielt dazu ermuntern, technische oder naturwissenschaftliche Ausbildungs- und Studiengänge in klimarelevanten Berufsfeldern zu ergreifen.

Auch die Unterschiede in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sind klimarelevant. Sie schlagen sich zum Beispiel beim Wohneigentum nieder. Männer und Frauen haben unterschiedliche Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten, wenn es um Investitionen in energiesparendes Wohnen bzw. Sanieren geht (Röhr et al. 2017: 9). Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation von Männern und Frauen führt auch dazu, dass klimarelevante politische Instrumente unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter haben. So kommen beispielsweise die Abwrackprämie oder Kfz-Steuerbefreiungen für emissionsärmere Autos vor allem Männern zugute, da diese eher Autos besitzen als Frauen (Röhr et al. 2017: 73).

Die Erhöhung der Strompreise durch die EEG-Umlage, die deutlich stärker die unteren Einkommensgruppen trifft, wirkt sich ebenfalls unterschiedlich in Bezug auf Gender+ aus. So sind Rentnerinnen oder Alleinerziehende überdurchschnittlich von prekären Einkommensverhältnissen betroffen (Statistisches Bundesamt 2018: 94f.; Schumacher/Cludius 2017). Mehrkosten durch klimarelevante politi-

¹² Der Gender Pension Gap (GPG) wird von Grabka et al. (2017) folgendermaßen definiert: „Dieser ist die prozentuale Differenz der durchschnittlichen persönlichen Alterssicherungseinkommen aus der GRV aller betrachteten Frauen zu den durchschnittlichen persönlichen GRV-Rentenansprüchen der entsprechenden Gruppe der Männer“ (Grabka et al. 2017: 87). Im Vergleich von Ost- zu Westdeutschland ist der GPG im Osten viel niedriger (Grabka et al. 2017: 88).

sche Instrumente sollten daher durch Energieeffizienzmaßnahmen oder durch Prämien zum Erwerb energieeffizienter Haushaltsgeräte kompensiert werden, die zu einer gerechteren Verteilung beitragen würden (Schumacher et al. o.J.; Schumacher/Cludius 2017).

Unterschiede in Einkommen und Vermögen machen Frauen vulnerabler gegenüber den Folgen der globalen Klimaerwärmung, weil sie im Vergleich mit Männern einen eingeschränkteren Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen haben (Vincent et al. 2014). Benachteiligungen im Katastrophenfall zeigten sich z.B. in Japan, wo Kompensationszahlungen an die (in der Regel männlichen) Haushaltsvorstände ausgezahlt wurden, was die Auswirkungen des hohen Gender Pay Gaps des Landes noch verschärfte (Röhr et al. 2017: 64).

Die folgenden Prüffragen helfen dabei zu erkennen, wie durch klimapolitische Vorhaben geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Bereich der *Erwerbsökonomie* abgebaut werden können.

Tabelle 4 Prüffragen Erwerbsökonomie-

Genderaspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf Berufsausbildung, Arbeitsplätze oder Arbeitsbedingungen?</i>
Geschlechtsspezifische horizontale und vertikale Segregation der Erwerbsarbeit und deren ökonomische Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben den unterschiedlichen Zugang zu abgesicherten beruflichen Positionen im jeweiligen Bereich der Erwerbsarbeit?
Arbeitsbedingungen und selbstbestimmte Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hat das Vorhaben unterschiedliche Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Versorgungs- und Erwerbsarbeit?
Geschlechtsspezifisches Ausbildungs- und Berufswahlverhalten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beeinflusst das Vorhaben die Wahl von Ausbildungs- oder Studiengängen? ▶ Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Berufswahl?
Vermögensverhältnisse, Einkommenslücke und Armutsrisiko, z.B. Alleinerziehende, Migranten/ Migrantinnen, ältere Frauen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zum Beispiel beim Einkommen und bei der sozialen Absicherung? ▶ Werden die Auswirkungen finanzieller Mehrbelastungen (z.B. durch den Anstieg von Energiekosten oder Gebühren für Wasser, Müll etc.) auf das Armutsrisiko sozioökonomisch Benachteiligter betrachtet? Sind Maßnahmen vorgesehen, um diese Belastung zu mildern?

4.5 Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen



Raum- und Geschlechterverhältnisse sind eng miteinander verwoben (Bauriedl et al. 2010). Zugang zu und Gebrauchsfähigkeit von öffentlichen Räumen und Ressourcen wie etwa Parks, Spielplätzen und Serviceeinrichtungen haben direkte Wirkungen auf die Durchführung von Sorge- und Erwerbsarbeit (Neutens et al. 2010), die Teilhabe am öffentlichen Leben (Lucas 2012) und physische und psychische Gesundheit. Gleiches gilt für Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Verkehrssysteme (Spitzner 2004; Lecompte/Bocarejo 2017) sowie die entsprechenden Dienstleistungen und deren Ausrichtung und Priorisierung im Hinblick auf Alltagstauglichkeit (Loukaitou-Sideris 2016; Scheiner/Holz-Rau 2017).

Der Lebensbereich (Genderdimension) „Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen“ ist sowohl für Klimaschutz als auch für Vorhaben zur Klimaanpassung besonders relevant. Frauen weisen z.B. ein emissionsärmeres Verkehrsverhalten auf als Männer. Beispielsweise sind ältere Frauen häufiger von Armut oder körperlichen Einschränkungen betroffen oder haben keine Fahrerlaubnis, so dass sie kein Auto nutzen können. Sie sind daher besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung des Wohnumfelds angewiesen. Ausführliche demografische Daten, Pilotprojekte und Empfehlungen (z.B. CIVITAS 2014, INFAS/DLR 2010) zeigen, „dass das Mobilitätswissen und die Mobilitätspraktiken von Frauen wichtig sind, um die Politik in Richtung nachhaltige Mobilitätsmuster und die klimapolitisch nötige Entmotorisierung zu leiten“ (Röhr et al. 2017: 49). Ob sie auch ‚Change Agents‘ für klimafreundliche Mobilität sein können, hängt davon ab, ob es in der Verkehrs- und Infrastrukturplanung gelingt, die vorherrschenden, an traditionellen maskulinen Normen ausgerichteten Mobilitätsvorstellungen zugunsten einer neuen Mobilitätskultur zu überwinden, die sich an versorgungsökonomischen Anforderungen orientiert (Kronsell et al. 2016).

Auch beim Zugang zu Energiedienstleistungen spielt Gender eine Rolle: Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand sind doppelt so häufig von Energiearmut betroffen wie Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand. Dies hat zum einen damit zu tun, dass der größere Anteil der Alleinerziehenden Frauen sind (Bleckmann et al. 2016). Zum anderen verstärken sich Benachteiligungen durch Gender und andere sozialstrukturelle Merkmale, z.B. Alter oder Migrationshintergrund. Dies führt zu einer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die wiederum dazu beiträgt, dass Haushalte mehr oder weniger energieeffiziente Wohnungen bewohnen (Großmann 2017). Um solche Effekte zu vermeiden, sollte z.B. die *Vergabe von Fördermitteln* für eine energieeffiziente Sanierung so gestaltet werden, dass die soziale Situation der Adressatinnen und Adressaten sowie der städtebauliche Kontext berücksichtigt werden, damit zur Miete Wohnende (z.B. Alleinerziehende, ältere Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete) davon profitieren können.

Auch beim Umgang mit Naturkatastrophen als Folgen des Klimawandels besteht das Risiko, dass die Bedürfnisse unterschiedlicher Geschlechter nicht ausreichend berücksichtigt werden. Eine Studie zum Umgang mit den Folgen des Hurrikans Katrina hat gezeigt, dass die Aktivitäten von Männern in den Initiativen für einen gerechten Wiederaufbau nach dem Hurrikan eher wahrgenommen und als wichtiger eingeschätzt wurden als das Engagement und die Bedürfnisse von Frauen (Luft 2016). Gerade bei zunehmenden Hitzeereignissen/Temperaturen ist es relevant, dass die Bevölkerung Zugang zu Grünflächen und damit Abkühlungsmöglichkeiten hat. Vor allem ältere, gegebenenfalls alleinstehende Frauen sind besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung ihres Wohnumfeldes angewiesen. Das gilt auch für den Zugang zu Grünflächen. Die häufiger von geringem Einkommen bzw. Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen wie z.B. alleinerziehende Frauen sollten in ihrem Wohnumfeld ebenfalls Grünflächen zur Verfügung haben. Auch hier spielt die Querschnittdimension der symbolischen Ordnung eine Rolle: Wenn eine traditionelle Familienführung Frauen kaum Freizeit erlaubt, können sie gegebenenfalls keine Erholung von hohen Temperaturen suchen.

Für den Bereich „Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen“ sind vor allem folgende Prüffragen relevant:

Tabelle 5 Prüffragen zu Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen

Genderspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Betrifft das Vorhaben den Zugang zu öffentlichen Räumen bzw. Infrastrukturen oder deren Nutzung?</i>
<p>Zugang, Nutzung und Aneignung von öffentlichen Räumen und Verkehrsinfrastrukturen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Anforderungen, die sich aus der Vielfalt von Lebenslagen (je nach Alter, sozialer Lage, körperlicher Verfasstheit, kulturellem Hintergrund etc.) beim Zugang zu öffentlichen Räumen, Frei- und Grünflächen etc. und bei deren Nutzung und Aneignung ergeben? ▶ Werden bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen auch die Sicherheits-, Nutzungs- und Zeitbedürfnisse nichtmotorisierter Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zugrunde gelegt?
<p>Ausschlussfreie Verfügbarkeit und Nutzung von versorgungsrelevanten öffentlichen Infrastrukturen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trägt das Vorhaben dazu bei, dass basale versorgungsrelevante Dienstleistungen (z.B. die Versorgung mit Wasser oder mit Energiedienstleistungen) ausschussfrei und einkommensunabhängig kurz-, mittel- und langfristig zur Verfügung gestellt und genutzt werden können? ▶ Werden die unterschiedlichen Lebenssituationen in Bezug auf Gender+ bei der Bereitstellung dieser Leistungen berücksichtigt?
<p>Einsatz und Verteilung öffentlicher Mittel</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigen Vorhaben, wie Förderprogramme (bspw. Prämien, Zuschüsse, zinsverbilligte Kredite etc. zur Förderung von Energieeffizienz oder von erneuerbaren Energien) die unterschiedlichen Lebenssituationen von Gender+? ▶ Werden Vorhaben gefördert, von denen zur Miete Wohnende direkt profitieren können?

4.6 Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik



Dieser Lebensbereich (Genderdimension) bezieht sich auf die Teilhabe und Mitbestimmung an Entscheidungen in Wissenschaft, Technik und Politik sowie auf die Berücksichtigung von Genderexpertise in diesem Entscheidungsprozess (Schultz 2004; Schultz/Weller 1995).

Auch nach über 25 Jahren Klimapolitik ist die Teilhabe von Frauen an klimapolitischen Entscheidungen in Deutschland nur gering ausgeprägt. So lag der Anteil von Frauen in den jeweils obersten Entscheidungspositionen der klimarelevanten Politikfelder (Energie, Verkehr, Umwelt) in Deutschland bei 12,5 Prozent. Dies ist der vorletzte Platz im EU-Durchschnitt (EIGE 2012). Im Nord-Süd-Vergleich zeigt sich, dass Maßnahmen zur Frauenförderung im Sektor der erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern verbreiteter und etablierter sind als in Industrieländern. Ähnliches gilt für den Gas- und den Ölsektor (Feltus 2010; McKee 2014; Röhr et al. 2017: 46).

Das Fehlen von Genderperspektiven in der Klimapolitik hat dazu geführt, dass der institutionalisierte Androzentrismus, d.h. die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab, in Klimawissenschaft und -politik kaum infrage gestellt wurde (Röhr et al. 2008). Dies hat auch für die Klimapolitik kontraproduktive Folgen: So wurde für Kanada gezeigt, dass die Ausblendung von Gender in Instrumenten des Klimaschutzes bzw. der Klimaanpassung Geschlechterungleichheiten noch verstärken können (Rochette 2016), da vom männlichen Normalfall bzw. Durchschnitt ausgegangen wird und Geschlechterunterschiede nicht berücksichtigt werden.

Die Bedeutung androzentrischer Denkmuster lässt sich an folgenden Beispielen illustrieren. In der Verkehrspolitik dominieren maskuline Normen, die ohne Berücksichtigung von Genderperspektiven konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Kronsell et al. 2016). So wird in der Verkehrsforschung Verkehr vor allem in Hinblick auf Pkw-Verfügbarkeit und -Nutzung betrachtet (Bauhardt 2012b: 105). Durch die Festlegung, dass nur motorisierte Mobilität über weite Strecken überhaupt als Mobilität anerkannt wird, wird die Lebensrealität eines größeren Teils der Frauen und intersektional benachteiligten Männer, die über keinen Pkw verfügen, ausgeblendet. Auch in der Konsumforschung wird Konsum häufig auf die Marktteilnahme, d.h. den Kauf von Produkten oder Dienstleistungen, reduziert. Klimarelevante Aktivitäten, die mit der Aufbewahrung, Verarbeitung, Zubereitung bzw. Instandhaltung und Entsorgung von Produkten zusammenhängen, werden dabei ebenso ausgeblendet wie das dafür benötigte Wissen und die erforderlichen Kompetenzen (Schultz/Götz 2006).

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Geschlechter- und Machtverhältnisse in klimarelevanten Handlungsfeldern nur verändert werden können, wenn mehr Entscheidungspositionen mit Frauen besetzt werden (EIGE 2012). Mindestens ebenso wichtig ist es aber, die maskulinen Normen zu hinterfragen, die diese Bereiche dominieren und die ohne Berücksichtigung von Genderperspektiven konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Bauhardt 2012b; Kronsell et al. 2016)

Vor diesem Hintergrund sind für den Bereich „Definitions- und Gestaltungsmacht“ folgende Prüffragen relevant.

Tabelle 6 Prüffragen Definitions- und Gestaltungsmacht

Genderspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Wie werden Genderexpertise und die Perspektiven von Männern, Frauen und ggf. zwischengeschlechtlich verorteten Personen bei der Vorbereitung und Durchführung des klimapolitischen Vorhabens einbezogen?</i>
<p>Teilhabe an Definitions- und Gestaltungsmacht klimapolitischer Vorhaben</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Wie ist die Geschlechterzusammensetzung in den politischen Gremien, die über das klimapolitische Vorhaben entscheiden? ▶ Trägt das Vorhaben zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen und zwischengeschlechtliche verorteten Menschen bei der Formulierung politischer Programme oder bei Richtungsentscheidungen in Wissenschaft und Technik bei? ▶ Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Beteiligung von Gruppen, die üblicherweise in Partizipationsprozessen weniger vertreten sind (z.B. Geringverdienende, Alleinerziehende, Frauen mit Migrationshintergrund etc.)?
<p>Einbeziehung von Genderexpertinnen und -experten auf allen Stufen der Entwicklung und Umsetzung des klimapolitischen Vorhabens</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden Akteure/Akteurinnen an der Entwicklung des Vorhabens beteiligt, die sich für genderreflektierte Betrachtungen und eine Integration des gesellschaftlichen Interesses an Geschlechtergerechtigkeit verantwortlich fühlen (z.B. in Frauen und Umweltorganisationen aktive Menschen)? ▶ Werden Vertreter/-innen von anderen Institutionen, die Genderkompetenz und genderrelevante Zuständigkeiten repräsentieren (z.B. eine nachgeordnete Stelle des Gleichstellungsministeriums) bei der Entwicklung und Umsetzung des Vorhabens einbezogen? ▶ Wird die Expertise von Genderexpertinnen und -experten eingeholt?
<p>Vorkommen von Genderperspektiven bei der Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen klimapolitischer Vorhaben</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt die Problemdefinition, die bei der Entwicklung des klimapolitischen Vorhabens zugrunde gelegt wurden, Genderperspektiven? ▶ Berücksichtigen die der wissenschaftlichen Bearbeitung zugrunde gelegten Konzepte oder Modelle (z.B. die Definition von Verkehr) Genderperspektiven? ▶ Werden die Erkenntnisse der genderbezogenen Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Klimaforschung sowie der Geschlechterforschung zu dem Handlungsfeld, auf das sich das klimapolitische Vorhaben bezieht, recherchiert und berücksichtigt?

4.7 Körper, Gesundheit, Sicherheit



Der Lebensbereich „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ bezieht sich auf die durch gesellschaftliche Normen, Werte und Vorstellungen von Maskulinität und Weiblichkeit geprägte gesellschaftliche Organisation von Intimität und die dadurch hergestellten ungleichen Positionen der unterschiedlichen Genusgruppen (Verloo/Roggeband 1996). Im Zentrum stehen dabei sexuelle Orientierung, die selbstbestimmte Verfügung über den eigenen Körper und die eigene Gesundheit sowie die Wahl von Partnerschaftsmodellen, Sexualität und Fortpflanzung (Verloo 2007: 29f.). Körperliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen betreffen beispielsweise Gesundheitsstatus (z.B. Lebenserwartung) als die körperliche Reaktion auf Umweltschadstoffe (z.B. Luftverschmutzung) oder Umweltbedingungen (z.B. Temperatur).

Der Lebensbereich „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ ist sowohl für Vorhaben zum Klimaschutz als auch für Vorhaben zur Anpassung an den Klimawandel von zentraler Bedeutung. Gender spielt beispielsweise für die Wahrnehmung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken eine wichtige Rolle. Auch von umweltbezogenen Gesundheitsrisiken sind Frauen anders und häufig stärker betroffen als Männer. Dieser Zusammenhang von Klimawandel und Gender wird bei den Auswirkungen von Hitzewellen besonders deutlich. Untersuchungen zeigen, dass die Sterberate von Frauen bei Hitzewellen deutlich höher ist als diejenige von Männern (vgl. D’Ippoliti et al. 2010). Dies ist nicht allein eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen. Vielmehr werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzeereignissen durch soziale Faktoren beeinflusst. Die sozial konstruierte Zuständigkeit für Betreuung und *Sorgearbeit* durch Angehörige spielt dabei eine wichtige Rolle (vgl. Lebensbereich „Versorgungsökonomie“). Die erhöhte Mortalität von Frauen könnte z.B. eine Folge des mit dem Alter ansteigenden Anteils alleinlebender Frauen und einer damit einhergehenden schlechteren Versorgung sein. Aber auch die Benachteiligung von Frauen im Bereich der *Erwerbsökonomie*, wie das Gender-Gap bei Einkommen und Vermögen, spielt dabei eine Rolle. Frauen sind demnach besonders vulnerabel, ebenso wie weitere Personengruppen, die von der Unterstützung anderer abhängig sind. Dies betrifft vor allem Alleinlebende und Personen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status. Soziale Isolation und der damit einhergehende fehlende Zugang zu sozialen Netzen, die Sorgearbeit gewährleisten könnten, werden generell als Risikofaktoren für eine erhöhte Vulnerabilität gegenüber den Folgen des Klimawandels angesehen (Kravchenko et al. 2013). Von diesem Problem sind auch ältere Männer betroffen (WHO 2014).

Bislang wurde noch wenig erforscht, welche Auswirkungen Extremereignisse wie Hitzewellen auf Männer haben. Die wenigen verfügbaren Studien liefern jedoch Anhaltspunkte, dass soziale Geschlechtskonstruktionen auch die Vulnerabilität von Männern beeinflusst. So zeigt eine Untersuchung, dass Männer in den USA bei Hitzewellen deutlich häufiger ins Krankenhaus eingeliefert werden als Frauen (Schmeltz et al. 2015) und bevorzugt medizinisch behandelt werden (Edholm/Kihlgren o.J.). Eine Erklärung dafür ist, dass die geschlechtsspezifische Zuschreibung der Sorgearbeit dazu führt, dass Männer eine bessere Versorgung durch Angehörige und Freunde erfahren. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Tätigkeitsmuster können sich aber auch negativ auf die Vulnerabilität von Männern auswirken. Nach Angaben der WHO sind Männer bei heißem Wetter aktiver als Frauen und sterben deshalb eher durch einen Hitzschlag (WHO 2014). Für schwere Buschbrände in Australien wurde gezeigt, dass 60 Prozent der Todesopfer männlich waren. Rigide Männerrollen als Retter und Beschützer haben offenbar zur Folge, dass Risiken falsch eingeschätzt werden. Klimapolitische Vorhaben zum Gesundheitsschutz müssen daher nicht nur die unterschiedliche ökonomische Situation, sondern auch den Einfluss von Geschlechterrollen auf die Vulnerabilitäten von Männern und Frauen berücksichtigen.

Gut dokumentiert ist auch die höhere Temperatursensitivität von Frauen (Hashiguchi et al. 2010; Kingma/van Marken Lichtenbelt 2015; Jin et al. 2017; Schellen et al. 2012). Dies ist sowohl für Klimaschutz als auch für Klimaanpassung relevant: Beispielsweise müssen bei der Auslegung von Referenz-

werten für die Beheizung oder die Klimatisierung von Wohnräumen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen an die Innenraumtemperatur berücksichtigt werden. Im Fall von Katastrophen sind Frauen zudem deutlich stärker von gewalttätigen Angriffen betroffen als Männer. Während und nach dem Hurrikan Katrina verdoppelte sich die körperliche Gewalt gegenüber Frauen, während sich die Häufigkeit von Gewalt gegen Männer nicht veränderte (Röhr et al. 2017: 66).

Für die Gestaltung von klimapolitischen Vorhaben in der Genderdimension „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ sind daher folgende Genderspekte und Prüffragen relevant.

Tabelle 7 Prüffragen Körper, Gesundheit, Sicherheit

Genderspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die physische, psychische oder reproduktive Gesundheit sowie auf die Sexualität?</i>
Vulnerabilitäten und körperliche Bedürfnisse	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben körperliche Unterschiede der Geschlechter (männlich, weiblich, divers), zwischen Altersgruppen sowie der körperlichen Verfasstheit (z.B. in Bezug auf unterschiedliche Wirkungen von Hitzeereignissen, Schadstoffbelastungen etc.) und ihre Wirkungen auf Gesundheit und Lebenserwartung? ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Komfortbedürfnisse der Geschlechter, die sich beispielsweise aus der unterschiedlichen Temperatursensitivität ergeben? ▶ Wird der Einfluss geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen auf die Vulnerabilität von Personen berücksichtigt?
Wahrnehmung physischer Risiken (Risikobereitschaft) und Gesundheitsverhalten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Gefährdungen, die sich aus geschlechtsspezifischen Unterschieden der Risikowahrnehmung und des Gesundheitsverhaltens (z.B. bei Hitzewellen oder Überschwemmungen) ergeben?
Sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt auf körperlicher und psychischer Ebene	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben das besondere Risiko von sexueller/sexualisierter Gewalt (z.B. in Katastrophensituationen, bei klimafreundlicher Stadt-, Verkehrs- und Wohngebäudeplanung etc.)?
Reproduktive Gesundheit (von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hat das Vorhaben Auswirkung auf die reproduktive Gesundheit (z.B. durch Strahlenbelastungen am Arbeitsplatz oder nach Katastrophen)?
Schutz der Privatsphäre	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die Bedürfnisse unterschiedlicher Geschlechter (männlich, weiblich, divers) für den Schutz der Privatsphäre (z.B. im Zusammenhang mit dem Monitoring von Daten zu klimarelevanten Verhaltensweisen).

5 Literaturverzeichnis

5.1 Referenzliteratur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2007. Arbeitshilfe geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. "Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften". Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2017. Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/blob/117916/7a2f8ecf6cbe805cc80edf7c4309b2bc/zweiter-gleichstellungsbericht-data.pdf> [14.08.2018].

GenderKompetenzZentrum. 2006. Was ist Gender? http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gkompz_was_ist_gender.pdf [28.02.2018].

Grabka, Markus M., Jotzo, Björn, Rasner, Anika & Westermeier, Christian. 2017. Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter. In: DIW Wochenbericht 5: 87-96.

Hayn, Doris & Schultz, Irmgard. 2002. Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Abschlussbericht (im Auftrag des BMU), Frankfurt am Main. http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gia_abschlussbericht_strahlenschutz.pdf [12.06.2017].

Kleinhüchelkotten, Silke, Moser, Stephanie & Neitzke, Hans-Peter. 2016. Berechnung individueller Pro-Kopf-Verbräuche natürlicher Ressourcen nach Konsumbereichen : Anlagenband zum Bericht 'Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). UBA-Texte 39/2016. Dessau-Roßlau.

Röhr, Ulrike, Alber, Gotelind & Göldner, Lisa. 2017. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. Dessau-Roßlau.

Röhr, Ulrike, Spitzner, Meike, Stiefel, Elisabeth & von Winterfeld, Uta. 2008. Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Ein feministisches Hintergrundpapier. Hg. v. Forum Umwelt & Entwicklung, genanet-Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. Bonn/Berlin. http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Hintergrundpapier_genanet_FUE_Klimapolitik_2008.pdf [28.02.2018].

Statistisches Bundesamt (Destatis). 2018. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2017. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300177004.pdf?__blob=publicationFile [14.08.2018].

Verloo, Mieke/Roggeband, Connie. 1996. Gender Impact Assessment: The Development of a New Instrument in the Netherlands. In: Impact Assessment 14: 3-20.

5.2 Weitere verwendete Literatur

Acker, Joan. 1990. Hierarchies, Jobs, Bodies. A Theory of Gendered Organizations, in: Gender & Society, Bd. 4, Nr. 2

Arslan, Emre. 2016. Symbolische Ordnung, Sozialstruktur und Alltagspraktiken. In: dies. & Kemal Bozay (Hg.): Symbolische Ordnung und Bildungsungleichheit in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 9-34.

Bauhardt, Christine. 2012a. Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Ebbers, Ilona, Halbfas, Brigitte & Rastetter, Daniela (Hg.). Gender und ökonomischer Wandel. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, 11/46. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfoemoeconomie/Bauhardt.pdf [21.08.2017].

Bauhardt, Christine. 2012b. Klimawandel und Infrastrukturpolitiken im Widerstreit. Die Politikfelder Wasser und Mobilitätsaus einer kritischen Gender-Perspektive. In: Çağlar, Gülay, Castro Varela, Mario Do Mar & Schwenken, Helen (Hg.). Geschlecht - Macht - Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 97-115.

Bauriedl, Sybille, Schier, Michaela & Strüver, Anke (Hg.). 2010. Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Münster.

- Bleckmann, Lisa, Luschei, Frank, Schreiner, Nadine & Strünck, Christoph. 2016. Energiearmut als neues soziales Risiko? Eine empirische Analyse als Basis für existenzsichernde Sozialpolitik. Siegen: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.uni-siegen.de/fokos/forschungsprojekte/energiearmut/2015-08-31_hbs_studie_energiearmut_als_neues_soziales_risiko.pdf [15.03.2017].
- Carlsson-Kanyama, Annika & Lindén, Anna-Lisa. 2007. Energy efficiency in residences—Challenges for women and men in the North. In: *Energy Policy* 35/4:2163–2172.
- Ciocirlan, Cristina & Pettersson, Caroline. 2012. Does workforce diversity matter in the fight against climate change? An analysis of fortune 500 companies. In: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* 19/1:47–62.
- CIVITAS. 2014. Smart choices for cities. Gender equality and mobility: mind the gap! http://www.civitas.eu/sites/default/files/civ_pol-an2_m_web.pdf [24.11.2016].
- D’Ippoliti, Daniela et al. 2010. The impact of heat waves on mortality in 9 European cities: Results from the EuroHEAT project. In: *Environmental Health* 9/37: 1–9.
- Die Bundesregierung. 2011. Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. http://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Anbieten/sgv-grundl-gemeinsame-geschaeftsordnung-der-bundesministerien-stand-1-sept-2011.pdf?__blob=publicationFile [28.02.2018].
- Edholm, Gunilla & Kihlgren, Mats o.J. Gender Mainstreaming Ambulance Medical Care Emergency Service, Göteborg Region. http://www.gr.to/download/18.55340448112b9e59b8980004365/Emergency+Service_goteborg.pdf [24.08.2017].
- Edvardsson Björnberg, Karin & Hansson, Sven Ove. 2013. Gendering local climate adaptation. In: *Local Environment* 18/2:217–232.
- Eichler, Margrit et al. 2002. Zu mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern: Erkennen und Vermeiden von Gender Bias in der Gesundheitsforschung. Deutsche Bearbeitung eines vom kanadischen Gesundheitsministerium herausgegebenen Handbuchs. Berlin.
- European Institute for Gender Equality (EIGE). 2012. Review of the implementation in the EU of area K of the Beijing Platform for Action : Women and the Environment. Gender equality and climate change. Luxemburg: European Institute for Gender Equality. <http://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-and-climate-change-report> [15.3.2017].
- European Institute for Gender Equality (EIGE). 2016. Gender Impact Assessment – Gender Mainstreaming Toolkit. Vilnius
- Feltus, Anne. 2010. Women in energy: Closing the gender gap. In: *World Petroleum Congress*. London: World Petroleum Council. http://www.world-petroleum.org/docs/docs/wpc_women.pdf [01.08.2011].
- Großmann, Karin. 2017. Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme. In: Großmann, Karin, Schaffrin, André & Smigiel, Christian (Hg.). *Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer VS, 55–78.
- Hashiguchi, Nobuko, Feng, Yue & Tochihara, Yutaka. 2010. Gender differences in thermal comfort and mental performance at different vertical air temperatures. In: *European Journal of Applied Physiology* 109/1:41–48.
- INFAS & DLR. 2010. Mobilität in Deutschland 2008. Ergebnisbericht. Struktur - Aufkommen - Emissionen - Trends. Bonn, Berlin: Insitut für angewandte Sozialwissenschaft, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt. http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2008_Abschlussbericht_I.pdf [15.03.2017].
- Jin, Quan, Simone, Angela, Olesen, Bjarne W., Holmberg, Sture K. M. & Bourdakis, Eleftherios. 2017. Laboratory study of subjective perceptions to low temperature heating systems with exhaust ventilation in Nordic countries. In: *Science and Technology for the Built Environment* 23/3:457–468.
- Kingma, Boris & van Marken Lichtenbelt, Wouter. 2015. Energy consumption in buildings and female thermal demand. *Nature Climate Change* 5/12:1054–1056.
- Knapp, Gudrun-Axeli. 1992. Macht und Geschlecht. Neuere Entwicklungen in der feministischen Macht- und Herrschaftsdiskussion. In: dies. & Angelika Wetterer (Hg.): *Traditionenbrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg i. B.: Kore, 287-325.
- Kravchenko, Julia, Abernethy, Amy P., Fawzy, Maria & Lyerly, H. Kim. 2013. Minimization of heatwave morbidity and mortality. In: *American Journal of Preventive Medicine* 44/3:274–282.

- Kronsell, Annica, Smidfelt Rosqvist, Lena & Winslott Hiselius, Lena. 2016. Achieving climate objectives in transport policy by including women and challenging gender norms: The Swedish case. In: *International Journal of Sustainable Transportation* 10/8:703–711.
- Lecompte, María Carolina & Bocarejo, Juan Pablo S. 2017. Transport systems and their impact on gender equity. World Conference Don Transport Research - WCTR 2016 Shanghai. 10-15 July 2016, 25, Supplement C, 4245–4257.
- Liao, Lin, Luo, Le & Tang, Qingliang. 2015. Gender diversity, board independence, environmental committee and greenhouse gas disclosure. *British Accounting Review* 47/4:409–424.
- Loukaitou-Sideris, Anastasia. 2016. A gendered view of mobility and transport: next steps and future directions. In: *Town Planning Review* 87/5: 547-565.
- Lucas, Karen. 2012. Transport and social exclusion: Where are we now? In: *Transport Policy* 20: 105-113.
- Luft, Rachel E. 2016. Men and masculinities in the social movement for a just reconstruction after Hurricane Katrina. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.). *Men, Masculinities and Disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 34–44.
- Madörin, Mascha. 2006. Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Torsten Niechoj/Marco Tullney (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*. Marburg, 277-297.
- Marg, Oskar. 2016. Resilienz von Haushalten gegenüber extremen Ereignissen. Schadenserfahrung, Bewältigung und Anpassung bei Hochwasserbetroffenheit. Heidelberg et al.
- McKee, Lauren E. 2014. Women in American energy: De-feminizing poverty in the oil and gas industries. *Journal of International Women's Studies* 15/1:167–178.
- Neutens, Tijs, Schwanen, Tim, Witlox, Frank & de Maeyer, Philippe. 2010. Evaluating the temporal organization of public service provision using space-time accessibility analysis. In: *Urban Geography* 31/8: 1039-1064.
- Perkins Gilman, Charlotte. 1911/1974. *The Man-Made World or, Our Androcentric Culture*. New York.
- PwC. 2014. *Frauen in der Energiewirtschaft*. Frankfurt a.M.: PricewaterhouseCoopers. https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/assets/studienergebnisse_frauen-in-der-energiewirtschaft.pdf [17.01.2017].
- Rea, Jeannie. 2011. Gender, jobs and climate change: Are we reinforcing the traditional gendered division of labour? In: *Advocate: Newsletter of the National Tertiary Education Union* 18/2:24–25.
- Rochette, Annie. 2016. Climate Change is a Social Justice Issue: The Need for a Gender-Based Analysis of Mitigation and Adaptation Policies in Canada and Québec. *Journal of Environmental Law and Practice* 29: 383–410.
- Sauer, Arn. 2014. Gender und Nachhaltigkeit – institutionalisierte Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 1, 26-43.
- Scheiner, Joachim & Holz-Rau, Christian. 2017. Women's complex daily lives: a gendered look at trip chaining and activity pattern entropy in Germany. In: *Transportation* 44/1: 117-138.
- Schellen, Lisje, Loomans, Marcel G. L. C., de Wit, Martin H., Olesen, Bjarne Wilkens & Lichtenbelt, Wouter D. van Marken. 2012. The influence of local effects on thermal sensation under non-uniform environmental conditions - Gender differences in thermophysiology, thermal comfort and productivity during convective and radiant cooling. In: *Physiology & Behavior* 107/2:252–261.
- Schmeltz, Michael T. et al. 2015. Identifying individual risk factors and documenting the pattern of heat-related illness through analyses of hospitalization and patterns of household cooling. *PLoS One* 10/3.
- Schultz, Irmgard. 2004. Die Genderdimensionen in der sozial-ökologischen Forschung. In: Ulrike Röhr et al. *Klimapolitik und Gender. Eine Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems (EETS)*. ISOE-Diskussionspapiere, Nr. 21. Frankfurt am Main.
- Schultz, Irmgard & Konrad Götz. 2006, Konsum. In: Becker, Egon/Thomas Jahn (Hg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 360-370.
- Schultz, Irmgard & Weller, Ines (Hg.). 1995. *Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen*. Frankfurt am Main.
- Schumacher, Katja & Cludius, Johanna. 2017. Verteilungswirkungen von Instrumenten der Energiewende in privaten Haushalten. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/BET2017-Schumacher-Cludius-Oeko-Institut.pdf> [15.05.2017].

Schumacher, Katja, Cludius, Johanna & Förster, Hannah o.J. Energy efficiency vs. renewable energy policies within the German Energiewende – What are the distributional implications for households ? Berlin: Oeko-Institut. <http://www.iepeec.org/wp-content/uploads/2016/05/Paper-Schumacher-1.pdf> [15.05.2017].

Spitzner, Meike. 1999. Krise der Reproduktionsarbeit: Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. In: Ines Weller et al. (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld, 151-165.

Spitzner, Meike. 2004. Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV. Berlin.

Verloo, Mieke. 2007. Assessing a former pioneer of gender equality: lessons from the Netherlands.

https://www.researchgate.net/publication/254869206_Assessing_a_former_pioneer_of_gender_equality_lessons_from_the_Netherlands [05.07.2017].

Vincent, Katharine et al. 2014. Cross-chapter box on gender and climate change. In: IPCC (Hg.). Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the IPCC. Cambridge/New York, 105–107. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/drafts/fd/WGIIAR5-CCbox-Compendium_FGD.pdf [13.12.2016].

WHO. 2014. Gender, climate change and health. Genf: World Health Organisation.

http://www.who.int/globalchange/publications/reports/gender_climate_change/en/ [01.07.2015].

Anhang

Mustergliederung für Bericht

1. Relevanzprüfung

- 1.1 Feststellung der Art des politischen Vorhabens
- 1.2 Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens anhand der Zielgruppen
- 1.4 Ergebnis der Relevanzprüfung

2. Analyse (Hauptprüfung)

- 2.1 Analyse der Ausgangssituation
- 2.2 Analyse des Vorhabens
- 2.3 Analyse der Gleichstellungsrelevanz
- 2.4 Ergebnis der Analyse

3. Bewertung mit Empfehlung

- 3.1 Bewertung der Berücksichtigung der identifizierten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung und Empfehlungen
- 3.2 Bewertung der identifizierten Allianzen und Konflikte zwischen klimapolitischen und gleichstellungspolitischen Zielen und Empfehlungen